



Regierungsratsbeschluss vom 12. Mai 2020

Nationalrat; Staatspolitische Kommission; 16.432 n Pa Iv. Gebührenregelung. Öffentlichkeitsprinzip in der Bundesverwaltung; Vernehmlassung

P200240

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Staatspolitische Kommission des Nationalrats.

Begründung

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates schlägt eine Änderung der Gebührenregelung im Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vor. Demnach soll der Grundsatz der Gebührenerhebung für an die Behörden des Bundes gerichtete Informationszugangsgesuche ersetzt werden durch den Grundsatz der Kostenlosigkeit. Eine Gebührenerhebung soll nur noch in Ausnahmefällen erfolgen können. Der Vorentwurf betrifft ausschliesslich die Gebührenerhebung für Zugangsgesuche an Bundesbehörden und tangiert die Kantone nicht. Daher verzichtet der Regierungsrat auf eine Stellungnahme in der von der Staatspolitischen Kommission durchgeführten Vernehmlassung.

